



Zuger Zeitung

Montag, 30. November 2020

AZ 6002 Luzern | Nr. 277 | Fr. 3.50 | € 4.- zugerzeitung.ch



Was darf «Deville»?
Die SRG-Ombudsleute
äussern sich kritisch zur
Satiresentung. 5

Analyse zum Scheitern der Konzernverantwortungsinitiative

Verschnaudspause für die Konzerne

Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung will strengere Haftungsregeln für Unternehmen, doch die Konzernverantwortungsinitiative ist am Ständemehr gescheitert. Das Nein kommt unerwartet. Denn die Initianten haben mit ihrer Kampagne neue Massstäbe gesetzt. Sie haben geschafft, wovon alle Parteistrategen träumen: Eine echte Bewegung zu schaffen, mit viel freiwilligem Engagement. Sie beherrschten das Handwerk in allen Phasen des langjährigen Prozesses: das Knüpfen von Netzwerken, das Lobbyieren im Parlament, das Geldsammeln, die Überzeugungsarbeit. Mal mit der feinen juristischen Klinge, mal dem populistischen Vorschlaghammer – je nach Publikum. Vielleicht waren die traurigen Kinderaugen auf den Plakaten aber zu viel des Guten.

Dass es mit dem Ja nicht geklappt hat, ist auf einen Namen zurückzuführen: Karin Keller-Sutter. Die FDP-Bundesrätin übernahm das Dossier im letzten Jahr von Simonetta Sommaruga (SP). Es war ein dornenvolles Geschäft. Die Wirtschaftsverbände und mit ihnen der Ständerat stemmten sich mit aller Kraft gegen einen Gegenvorschlag des Nationalrates. Dieser hätte die Initiative faktisch umgesetzt. Keller-Sutter griff ein und präsentierte einen Gegenvorschlag ohne Haftung, der sich im Parlament durchsetzte. Die Magistratin wusste, dass sie ein Gegenprojekt brauchte, um die Abstimmung zu gewinnen. Die Taktik ging auf.

Die Wirtschaftsverbände hingegen unterschätzten die Initiative. Sie – und mit ihnen die bürgerlichen Parteien – haben zu lange ignoriert, dass in der Bevölkerung ein Unbehagen über Glencore und Co. besteht. Die Wirtschaftsverbände müssen sich bei



Illustration: Silvan Wegmann

Keller-Sutter bedanken. Und sie müssen daran arbeiten, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu gewinnen. Ein Sieg nur wegen des Ständemehrs? Das ist ein halber Erfolg. Das Ergebnis zeigt, wie wichtig Menschenrechte und Umwelthanliegen der Bevölkerung sind. Diese müssen in jedem Verwaltungsrat Topthemen sein.

Die Unternehmen stehen nun noch stärker unter Beobachtung – die Debatte um verantwortungsvolle Unternehmensführung ist nämlich mit dem Nein längst nicht zu Ende.

International ist viel in Bewegung. Die EU-Kommission wird demnächst neue Vorschläge bringen. Keller-Sutter hat den Abstimmungskampf mit dem Argument gewonnen, der Gegenvorschlag sei international besser abgestimmt. An diesem Argument wird sie gemessen werden, wenn die EU ihre Regulierungen verschärft.

Die Initianten haben das Feindbild der Grosskonzerne geprägt, als ob die Wirtschaftswelt im Shareholder-Value-Denken der 1980er-Jahre stecken

geblieben wäre. Auf beiden Seiten wurde eine Kampagne geführt, die jegliche Grautöne vermissen liess. Alles war schwarz oder weiss. Gut oder böse. Ehrlich gesagt: Es war eine Zumutung für den Stimmbürger.



Doris Kleck
doris.kleck@chmedia.ch

Deutlicher Sieg für die Fensterfabrik

Cham/Risch Ein deutliches Zeichen setzte die Stimmbewölkerung gestern in Cham: Fast 70 Prozent betrug der Anteil der Ja-Stimmen sowohl zur Änderung des Bebauungsplans Allmend wie zur Zonenplanänderung in Hagendorn. Damit können die Erweiterungspläne der Fensterfabrik G. Baumgartner zeitnah umgesetzt werden. Dem Ergebnis war ein harter Abstimmungskampf vorausgegangen. Umso grösser ist die Freude nun bei den Befürwortern.

In der Gemeinde Risch hat die Stimmbewölkerung den Nachfolger von Gemeinderat Ruedi Knüsel gewählt, der im März zurücktritt. Das Rennen machte Patrick Wahl von der FDP mit 2145 Stimmen. Ursula Eggenschwiler von den Grünen erzielte 917 Stimmen. (cro/rh) 17/19

Den Zugang zur Politik für alle ebnen

Zug Viele Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung dürfen nicht abstimmen. Doch ihr Interesse an Politik ist gross, wie ein Kurs von Insieme Cerebral in Zug zeigte. Die Zuger Stadträtin Eliane Birchmeier stellte sich den Fragen der sechs Frauen und Männer mit einer geistigen Beeinträchtigung. Die Fragen waren vielfältig und reichten vom politischen System über die Frage, ob im Zuger Stadtrat eine Person mit geistiger Beeinträchtigung sitze. Immerhin hat gestern der Kanton Genf deutlich mit fast 75 Prozent der Stimmen entschieden, Menschen mit einer schweren geistigen oder psychischen Beeinträchtigung das Stimm- und Wahlrecht auf Kantons- und Gemeindeebene zu erteilen. (haz) 18

Windräderverbot ist vom Tisch – vorerst

Hitzkirch Auf dem Lindenberg wird seit Jahren ein Windpark geplant: vier Anlagen auf der Aargauer, eine Anlage auf der Luzerner Seite. Doch das Vorhaben stösst auf Widerstand. Mit einer Gemeindeinitiative in Hitzkirch wollten die Windkraftgegner das Projekt auf der Luzerner Seite frühzeitig beenden. Der Schuss ging allerdings nach hinten los. Mit 59 Prozent Nein-Stimmen hat die Stimmbewölkerung das Vorhaben bachab geschickt. Die Gegner des Windradverbots sind erleichtert. Nun könne das Projekt basierend auf Fakten weitergeführt werden. Die Windradgegner rund um den Verein Pro Lindenberg wollen trotz der klaren Niederlage weiterkämpfen – falls nötig bis vor Bundesgericht. (rbi) 24

Kriegsgeschäfte-Initiative scheitert

Die Finanzierung von Waffenproduzenten bleibt erlaubt.

Die Initiative «für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» scheitert an der Urne. Nur 42,5 Prozent votierten mit Ja. Gescheitert ist sie auch am Ständemehr. Die Initianten sehen im Ergebnis trotzdem einen Achtungserfolg.

Die Initiative verlangte, dass von der Schweizerischen Nationalbank (SNB), von Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen

Vorsorge kein Geld mehr an Kriegsmaterialproduzenten fliesst. Darunter wären gemäss den Initianten Unternehmen gefallen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Die Gegner führten ins Feld, die Initiative führe zu negativen wirtschaftlichen Konsequenzen, namentlich für die Nationalbank und Pensionskassen. (mg) 4

Region erhält eine grosse Sporthalle

Das Stimmvolk sagt knapp Ja zur Pilatus-Arena in Kriens.

Im Mattenhof entsteht mit der Pilatus-Arena ein Grossprojekt von überregionaler Bedeutung. Gestern sagte die Krienser Stimmbewölkerung Ja zum Bebauungsplan für eine Sportarena mit 4000 Plätzen sowie zwei Hochhäusern von 50 und 110 Meter Höhe. Letzteres wird künftig das höchste Gebäude der Zentralschweiz sein.

Aufgrund dieser Dimensionen war das Projekt denn auch umstritten, ob-

wohl die Stadt Kriens keinen finanziellen Beitrag leisten muss. Das Abstimmungsergebnis fiel mit einem Ja-Anteil von 51,3 Prozent sehr knapp aus. Entsprechend gross ist die Erleichterung bei den Initianten. Ein Scheitern des Projekts wäre für den Handballclub Kriens-Luzern existenzbedrohend gewesen. Nun hat dieser das Ziel, sich national und international als Spitzenteam zu etablieren. (std) 23

Die Fensterfabrik kann ausgebaut werden

Die Chamer Stimmbürger sagten zwei Mal Ja: Zum Bebauungsplan Allmend Hagendorn und zur entsprechenden Zonenplanänderung.

Carmen Rogenmoser

Mit einem Anteil von je fast 70 Prozent sagen die Chamerinnen und Chamer deutlich Ja zur Bebauungsplan- wie auch zur Zonenplanänderung in Hagendorn – und unterstützen damit das Erweiterungsprojekt der Fensterfabrik G. Baumgartner AG. Bei der Änderung des Bebauungsplans Allmend Hagendorn lag der Ja-Stimmenanteil bei 69,8 Prozent (3845 zu 1667 Stimmen), bei der Zonenplanänderung bei 69,6 Prozent (3775 zu 1652 Stimmen). Mit so einer hohen Zustimmung haben weder Stefan Baumgartner, exekutiver Verwaltungsratspräsident der Fensterfabrik, noch Gemeindepräsident Georges Helfenstein gerechnet. «Die Freude ist gross», sagt Baumgartner. Er habe damit gerechnet, dass die Vorlagen angenommen werden, aber nicht so deutlich. Grund dafür hätten ihm unter anderem die Standaktionen der vergangenen Samstage in Cham und Hagendorn geliefert. «Wir haben viel positives Feedback erhalten.»

Das Ergebnis motiviere nun umso mehr, das «wirklich gute Projekt» weiterzuentwickeln. Die Vorarbeiten laufen bereits auf Hochtouren. «Wir haben die Planung im vergangenen Sommer gestartet.» Den beteiligten Firmen habe er nun bereits Bescheid gegeben, dass die Arbeit weitergehe. «Vielen ist ein Stein vom Herzen gefallen», so der Fabrikchef.

Die sichtbaren Arbeiten starten im Sommer

Schon im Dezember soll ein Teil der Baueingaben eingereicht werden. Im kommenden Sommer werden die sichtbaren Bauarbeiten in Angriff genommen. Vorgesehen ist, dass die Produktionshalle nach Norden zur Frauentalstrasse hin sowie in den Boden hinein vergrössert wird. Ausserdem sollen die Büroge-



Die Produktionshalle und die Bürogebäude der Fensterfabrik können erweitert werden.

Bild: Patrick Hürlimann (Hagendorn, 27. Oktober 2020)

bäude entlang der Flurstrasse neu gebaut und ebenfalls nach Norden hin vergrössert werden. Der Bau kostet nach Angaben der Firma einen dreistelligen Millionenbetrag. Zudem wird die Fensterfabrik den Allmendbach auf eigene Kosten über ihr Land leiten lassen und im Rahmen einer Renaturierung offenlegen, auch der bestehende Wanderweg entlang dem Firmengrundstück wird ausgebaut, und der Gemeinde wird Land für die Erweiterung des Spielplatzes Lorzenparadies abgegeben.

Das Ausbauprojekt entstand in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde, die ihrerseits ebenfalls erfreut ist über den Ab-

stimmungsausgang. «Das ist ein deutliches Zeichen für die Firma und deren Arbeitsplätze und auch für das Projekt», sagt Gemeindepräsident Georges Helfenstein. Lange habe man sich mit dem Projekt befasst, es möglichst optimiert, auch was die Umweltverträglichkeit angeht. Zahlreiche Informationsveranstaltungen und Mitwirkungsanlässe wurden in den vergangenen Jahren organisiert. «Der Aufwand hat sich gelohnt», meint Helfenstein. Unterstützt wurde das Projekt vom Pro-Komitee «Ja zur grünen Fabrik», dem Gewerbeverein und den bürgerlichen Parteien. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass

Gegner auffahren werden, so Helfenstein. Der Abstimmungskampf in Vorfeld wurde dementsprechend hart geführt.

Keine Überraschung für die Gegner

Die Gegner rund um den Verein «Mehr Wert Cham» und der IG «Grosse Fensterfabrik nein» bemängelten, dass das Projekt zu gross sei, Grünflächen in der Schutzzone zerstört würden, zu viel Verkehr und damit Sicherheitsprobleme und Lärm mit sich bringen werde und die Bauzeit zu lange dauere. Im Gegenkomitee engagiert hat sich auch Cathrine Ast, die in direkter Nachbarschaft der Fabrik wohnt. Sie nimmt das

Resultat gefasst zur Kenntnis. «Wir haben damit gerechnet, dass die Vorlagen durchkommen», sagt sie auf Nachfrage. Das Ziel sei es gewesen, dass die Abstimmung überhaupt an die Urne komme und dass die Bevölkerung wachgerüttelt werde. Die hohe Stimmbeteiligung zeige, dass der Entscheid breit abgestützt sei. «Wir haben vor allem den Standort hier in Hagendorn kritisiert», sagt Ast. Sie sei nie gegen die innovative Weiterentwicklung oder die Arbeitsplätze gewesen. Nun gehe es darum, die Zusammenarbeit mit der Firma weiterzuführen. «Ich werde mich weiterhin mit Stefan Baumgartner austauschen.»

Kommentar

Bedenken ernst nehmen

Mit so einem deutlichen Ergebnis haben wohl auch die grössten Befürworter nicht gerechnet. Fast 70 Prozent haben gestern Ja zur Erweiterung der Fensterfabrik G. Baumgartner in Hagendorn gesagt.

Pro- und Nein-Komitee haben sich im Vorfeld stark engagiert. Es wurde mit harten Bandagen gekämpft. Ein grosser Teil der Gegner bestand aus Nachbarn der Fabrik. Von mehr Lärm und Verkehr sind sie direkt betroffen. Weil aber die ganze Gemeinde abstimmen konnte, bildeten sie eine Minderheit. Den Befürwortern spielte die wirtschaftliche Unsicherheit aufgrund der Coronasituation genauso in die Hände wie die deutlich höheren Mittel, die zur Verfügung standen.

Das Ergebnis zeigt aber auch, dass jahrelange Bemühungen, eine gute Kommunikation und ein ehrlich gemeinter Mitwirkungsprozess Wirkung zeigen. Die Firmenleitung muss die Gegner und die Bedenken bezüglich Umwelt ernst nehmen und es nun gut sein lassen. Bei nächsten Erweiterungsplänen könnte die Stimmung kippen.



Carmen Rogenmoser
carmen.rogenmoser@zugerzeitung.ch

Eidgenössische Abstimmung: Zwei klare Nein im Kanton Zug

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnen beide Initiativen mit deutlich über 60 Prozent Nein-Stimmen-Anteil ab.

Es ist ein deutliches Resultat im Kanton Zug. Zwar hat die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» in der Schweiz ein Ja aus dem Volk erhalten, scheiterte aber klar am Ständemehr (siehe Berichtserstattung im ersten Bund). Im Kanton Zug scheiterte die Initiative deutlich. Hier stimmten 15365 Stimmberechtigte für das Anliegen, 28234 dagegen. Der Ja-Stimmen-Anteil betrug gerade einmal 35,24 Prozent, der Nein-Stimmen-Anteil 64,76 Prozent, wie die Zuger Staatskanzlei mitteilte.

Die Niederlage schönreden – wie das gestern verschiedene eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier versuchten – geht bei diesem Resultat im Kanton Zug nicht. Einzig in der Stadt Zug kamen die

Abstimmungsergebnisse Kanton Zug

	Konzernverantwortungsinitiative		Kriegsgeschäfteinitiative	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Zug	4144	6267	3715	6643
Oberägeri	557	1564	488	1626
Unterägeri	1023	2059	884	2179
Menzingen	600	1077	469	1200
Baar	2751	5082	2318	5487
Cham	2212	3707	1908	3978
Hünenberg	1199	2350	1053	2477
Steinhausen	1256	2178	1058	2303
Risch Rotkreuz	1028	2434	854	2602
Walchwil	365	948	300	1006
Neuheim	230	568	197	600
Total	15 365	28 234	13 244	30 101
Stimmbeteiligung	55,99 %		55,79 %	

Befürworter der Konzernverantwortungsinitiative mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 39,8 Prozent in die Nähe der 40-Prozent-Marke. In keiner Gemeinde lag der Ja-Stimmen-Anteil höher. Den niedrigsten Ja-Stimmen-Anteil verzeichnete mit 26,26 Prozent Oberägeri. Die Stimmbeteiligung im Kanton Zug betrug bei dieser Initiative 55,79 Prozent.

Fast 70 Prozent Nein-Stimmen-Anteil

Noch deutlicher als die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) wurde die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» mit 13244 Ja- zu 30101 Nein-Stimmen verworfen. Der Ja-Stimmen-Anteil betrug 30,55 Prozent, der Nein-Stimmen-Anteil 69,45 Prozent. In keiner Ge-

meinde konnte die Initiative eine Mehrheit an Ja-Stimmen erreichen. Wie bei der KVI lieferten die Stimmberechtigten der Stadt Zug den höchsten Anteil an Ja-Stimmen: 35,87 Prozent (Nein: 64,13).

Und wie bei der KVI schwang auch hier eine kleinere Gemeinde beim Nein-Stimmen-Anteil obenaus. In Walchwil wurde ein Ja-Stimmen-Anteil von 22,97 Prozent erreicht. Nur gerade in der Stadt (35,87 Prozent), in Cham (32,42 Prozent) und in Steinhausen wurden Ja-Stimmen-Anteile von über 30 Prozent erzielt. Die Stimmbeteiligung betrug 55,79 Prozent.

Harry Ziegler

Hinweis
Die detaillierten Resultate gibt es auf www.zg.ch.